Sitzungsvorlage

Datum: 26.10.2005
Drucksache Nr.: **05/0421**
öffentlich

Beratungsfolge:	Planungs- und Verkehrsaus- schuss	Sitzungstermin: 29.11.2005
	Rat	14.12.2005

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 107/2 „Im Heidenfeldsand“ der Stadt Sankt Augustin, Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 5, zwischen der Sandstraße, der Bonner Straße (B 56) und der Vom-Stein-Straße

Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung sowie Auslegungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für das Gebiet der Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 5, zwischen der Sandstraße, der Bonner Straße (B 56) und der Vom-Stein-Straße die Aufstellung zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 107/2 „Im Heidenfeldsand“ gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB) und er beschließt außerdem die Auslegung des Planes einschließlich Begründung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 BauGB.“

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan vom 26.10.2005 zu entnehmen.

Problembeschreibung/Begründung:

Die Aufstellung zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 107/2 wurde vom Rat bereits 1993 gefasst, das weitere Verfahren konnte aber aufgrund anderer Arbeitsprioritäten seinerzeit nicht zu Ende geführt werden. Aus aktuellem Anlass soll im Zuge der Erteilung einer Baugenehmigung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes durch die Aufhebung des Planes für die Baugenehmigungsbehörde ein ordnungsgemäßer Rechtszustand hergestellt werden.

Der Bebauungsplan Nr. 107/2 wurde 1974 als Satzung beschlossen und er enthält für den Geltungsbereich die Festsetzung „Verkehrsfläche zum Bau einer Fußgängerbrücke.“ Aus der Begründung geht hervor, dass durch diese Festsetzung die Verlängerung der bestehenden Fußgängerbrücke über die Bahntrasse der S 66 weiter über die Bonner Straße (B 56) ermöglicht werden sollte. Da nach dem heutigen Stand der Planungsüberlegungen eine Verlängerung der bestehenden Brücke in keinem Fall mehr als sinnvoll angesehen werden kann und die Grundstücksflächen auch nicht der Stadt gehören, ist die Festsetzung entbehrlich und der Bebauungsplan aufzuheben. Die Zulässigkeit von künftigen Bauvorhaben richtet sich dann nach § 34 BauGB, sie hat sich in die Eigenart der näheren Umgebung einzufügen.

Die Verwaltung schlägt dementsprechend vor, für den Bebauungsplan Nr. 107/2 „Im Heidenfeldsand“ die Aufstellung zur Aufhebung des Planes zu beschließen und die Auslegung zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden durchzuführen.

In Vertretung

Rainer Gleß
Technischer Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat finanzielle Auswirkungen
 hat keine finanziellen Auswirkungen

Die Gesamtkosten belaufen sich auf Euro.

Sie stehen im Verw. Haushalt Vermög. Haushalt unter der Haushaltsstelle zur Verfügung.

Der Haushaltsansatz reicht nicht aus. Die Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben ist erforderlich.

Für die Finanzierung wurden bereits veranschlagt Euro, insgesamt sind Euro bereitzustellen. Davon im laufenden Haushaltsjahr Euro.